

Chronik: Die Bankenkrise und die BRD

Frühjahr 2007: Vermehrte Zahlungsausfälle bei Hypothekenkrediten in den USA lenken die Aufmerksamkeit auf eine spezielle Art von Darlehen (Subprime), die zu Hunderttausenden an nichtsolvente Hausbauer und -besitzer vergeben wurden.

Finanzpapiere, die von Bankkonzernen unter Einbeziehung solcher Darlehen emittiert und gehandelt werden, verlieren schlagartig an Wert. Die sogenannte Subprime-Krise beginnt.

Juli 2007: Die Düsseldorfer IKB räumt ein, am US-Markt eigene Verluste in Millionenhöhe zu erwarten. Eine Woche später ist daraus eine Milliarde geworden. Hauptanteilseignerin KfW stellt Liquidität im Volumen von 8,1 Milliarden Euro zur Verfügung. IKB-Chef Stefan Ortseifen tritt zurück.

August 2007: Angesichts der »drohenden größten Bankenkrise seit 1931« (Chefbankenaufseher Jochen Sanio) vereinbaren KfW, private und öffentliche Banken ein »Rettungspaket von 3,5 Milliarden Euro.

August 2007: Milliardenverluste nach Finanzspekulationen in den USA bei der Sachsen LB. Das Land muß für den Schaden haften, die Bank wird an die LBBW »notverkauft«, der Vertrag jedoch mit einer Ausstiegsklausel versehen.

Herbst 2007: Neben den bereits genannten Kandidaten räumen weitere deutsche Finanzinstitute zum Teil herbe Verluste im Zusammenhang mit Spekulationen im Subprime-Bereich ein (WestLB, Deutsche Bank, Hypo Real Estate). Auch die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW,) die stärkste und angeblich am besten geführte Landesbank, gibt erhebliche Verluste im US-Spekulationsgeschäft zu.

Ende November 2007: Die KfW erhöht die Risikovorsorge für die IKB-Zweckgesellschaft Rhineland Funding um 2,3 Milliarden auf 4,8 Milliarden Euro. Ein weiteres Rettungspaket in dreistelliger Millionenhöhe wird geschnürt.

Februar 2008: Die Eigentümer der Düsseldorfer WestLB geben einen Sanierungsplan für das angeschlagene Institut bekannt. 1500 Jobs werden vernichtet. Nordrhein-Westfalen garantiert die Sanierung - auch auf Rechnung der Steuerzahler.

Februar 2008: Es soll geprüft werden, ob frühere IKB-Manager ihre leistungsabhängige Bezahlung z.T. zurücküberweisen müssen. Vorstandschef Stefan Ortseifen hatte Presseberichten zufolge für das Geschäftsjahr 2007 zu seiner Festvergütung von etwa 500000 Euro rund eine Million Euro als leistungsabhängige Vergütung erhalten.

13. Februar 2008: Vorläufig dritter Versuch einer Rettung der Düsseldorfer IKB. Bund und KfW stellen eine weitere Milliarde Euro in Aussicht. Die Privatbanken weigern sich, die von ihnen geforderte Summe von 500 Millionen Euro zu übernehmen. (kf)

<https://www.jungewelt.de/artikel/100810.chronik-die-bankenkrise-und-die-brd.html>